

Niederschrift

über die Sitzung des Bau- Planungs- und Verkehrsausschusses

am Dienstag, dem 11.12.2001

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | | |
|---|-------------------|---|
| 1 | | Einwohnerfragestunde |
| 2 | 61 - 13 0839/2001 | Umgestaltung der Rheinpromenade;
hier: Grundsatzbeschluss zur Verkehrsnutzung als Grundlage
für die weitere Gestaltdiskussion |
| 3 | | Mitteilungen und Anfragen |
| 4 | | Einwohnerfragestunde |

Anwesend sind: Diks, Johannes
als Vorsitzender

Die Mitglieder: Bluhm, Lothar (für Mitglied Brouwer)
Brockmann, Manfred (für Mitglied Janssen)
Elbers, Markus (für Mitglied Brink ten)
Faulseit, Michael
Jessner, Udo
Kulka, Irmgard (für Mitglied Jansen)
Maiß, Franz (für Mitglied Sickelmann)
Meisters, Gabriele
Niemann, Paul
Struckhof, Dieter
Swienty, Rolf (für Mitglied Hinze)
Tepaß, Udo
Wernicke, Hans-Jörgen

Von der Verwaltung: Bürgermeister Boch
Erster Beigeordneter Dr. Wachs
Herr Stangert
Herr Kemkes
Frau Ohm (Schriftführerin)

Vorsitzender Diks eröffnet um 18.00 Uhr die öffentliche Sitzung des Bau-, Planungs- und Verkehrsausschusses und begrüßt die Zuschauer, die Presse, die Mitglieder sowie Vertreter der Verwaltung. Zur Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

I. Öffentlich

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Herr Abbing möchte wissen, ob er mit diskutieren kann.

Dies verneint Vorsitzender Diks. Weiter führt Herr Diks aus, dass die Mitglieder des Workshops eingeladen wurden, damit sie den Informationsstand nicht aus der Presse erfahren sollen. Es wurde nicht abgestimmt, dass die Workshopmitglieder mit diskutieren dürfen.

Herr Dr. Wachs bestätigt, dass die Workshopmitglieder eingeladen wurden, um den Informationsfluss sicher zu stellen.

Weiter fragt Herr Abbing an, wer in der Verwaltung daran interessiert sei, dass die Rheinpromenade stark verkehrsberuhigt wird und der Presse falsche Zahlen angebe. Als Beispiel führt er an, dass es in der Presse hieß, falls Autoverkehr auf der Rheinpromenade zugelassen wird, gibt es keine Förderung. Seiner Meinung nach, handelt es sich um falsche Information. Die Stadt hätte keine Kosten zu tragen, wenn man sich auf Dinge beschränken würde, die von der Deichschau im Rahmen des Hochwasserschutzes auszuführen sind. Vorsitzender Diks erläutert, dass die Presse die Vorlage erhalten hat und auf dieser Grundlage einen Artikel verfasst hat. Daher ist die Frage an die Presse zu richten und nicht an die Verwaltung.

Herr Dr. Wachs stellt klar, dass der Vorlage sämtliche in der Diskussion stehenden Varianten

beigefügt waren. Die Presse hat keine zusätzlichen Informationen von der Verwaltung bekommen. Aufgabe der Verwaltung war die Klärung der verschiedenen Varianten im Hinblick auf die Förderung. Diese Fakten wurden entsprechend dargelegt und ein entsprechender Vorschlag wurde unterbreitet.

Weiter möchte Herr Abbing wissen, ob ein Verkehrskonzept nach der Schließung der Rheinpromenade vorliegt. Außerdem möchte er klare Aussage darüber, wo die Kosten der Deichschau aufhören und Kosten für die Stadt anfangen.

Herr Spiertz fragt an, wie der Verkehr nach dem Beschluss geregelt wird.

Vorsitzender Diks führt aus, dass diese Frage nicht von der Verwaltung zu beantworten ist, sondern vom Bauausschuss bzw. vom Rat entschieden wird.

Herr Hell möchte wissen, wie das Problem mit dem Bussen künftig geregelt wird.

Er schlägt vor, die Einbahnregelung für die Tempelstraße aufzuheben, damit die Busse auf dem Alten Markt wenden können.

Vorsitzender Diks führt aus, dass das in das Gesamtverkehrskonzept einfließen muss.

TOP 2 Umgestaltung der Rheinpromenade ; hier: Grundsatzbeschluss zur Verkehrsnutzung als Grundlage für die weitere Gestaltungsdiskussion (Nr. 61 - 13 0839/2001)

Erster Beigeordneter Dr. Wachs berichtet, dass im September in 2 Werkstätten Gestaltungsdiskussionen geführt wurden. Diese Diskussionen haben ergeben, dass es notwendig wurde, ein klärendes Gespräch mit dem Ministerium zu führen, um zu erfahren, welche Möglichkeiten es für die Verkehrsführung verbunden mit der Fördermöglichkeiten gibt. Die Vorbereitung zu dem Gespräch führte dazu, dass die verschiedenen Varianten aufgezeigt

wurden. Diese Varianten wurden Grundlage des Gespräches im Ministerium. Dieses Gespräch fand Ende November im Ministerium für Städtebau mit Vertretern des Ministeriums und der Bezirksregierung sowie der Stadt Emmerich statt. Folgende Grundaussagen wurden im Hinblick auf die Schnittstelle Städtebauförderung und Verkehr auf der Rheinpromenade getroffen. Es wurde deutlich gemacht, dass nur eine städtebauliche Gesamtlösung gefördert wird. Diese Lösung muss eine städtebauliche Qualität erreichen, die gegenüber dem bisherigen Zustand eine deutliche Verbesserung bringt. Im Hinblick auf die Förderung wurde grundsätzlich gesagt, dass eine Herausnahme entsprechender Abschnitte nicht möglich ist und es darf keinen Durchgangsverkehr sowie kein allgemeines Parken geben. Zu folgenden Abschnitten sind Aussagen gemacht worden: der Abschnitt vom Wassertor bis zum Krantor ohne Verkehr, ausgenommen sind Garagenzufahrten bzw. der Anlieferverkehr.

Für den zweiten Abschnitt von der Fährstraße bis zum Krantor wäre ein Anliegerverkehr sowie ein Anwohnerparken möglich. Sollte dort Anwohnerparken eingerichtet werden, würden diese Flächen aus der Förderung herausgenommen werden und sind durch die Stadt selbst zu finanzieren. Sollte im Bereich der Martinikirche ein Busverkehr zugelassen werden, entfällt eine Förderung. Der Bereich des Kleinen Walles ist mit einer Förderung von 50,00 DM/qm vorgesehen. Dieser Betrag liegt wesentlich niedriger als der für andere Bereiche.

Mitglied Struckhof findet die Planungskosten in Höhe von 1,5 Mio. DM zu hoch und wünscht, dass die Verwaltung die Zahlen überarbeitet.

Herr Kemkes führt hierzu aus, dass sich die Planungskosten auf die Angaben des gestellten Förderantrages beziehen. Es handelt sich hierbei um Schätzkosten. Die Planungskosten sind auch höher angesetzt worden, wobei auch Kosten für die Visualisierung sowie die bislang entstandenen Kosten eingebunden sind.

Mitglied Jessner berichtet, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Ergebnisvariante von der SPD favorisiert wird. Seine Fraktion hält diese Variante für richtig, weil sie einen gelungenen Kompromiss zwischen der Gestaltung und dem Verkehr darstellt. Zum Verkehrskonzept merkt er an, dass ein Verkehrskonzept erst dann entwickelt werden kann, wenn Grundannahmen für das Konzept an der Rheinpromenade festgelegt werden. Er schlägt vor nach Vorlage der Verwaltung zu beschließen.

Mitglied Kulka möchte wissen, ob für den Bereich zwischen Fährstraße und Krantor auch Anliegerparken vorgesehen ist.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs stellt klar, dass er bei seinen Ausführungen vom Anlieger- und Andienungsverkehr gesprochen hat. Nach Aussagen aus dem Ministerium wäre das Anwohnerparken im Hinblick auf die Förderung unproblematisch, nicht aber das Anliegerparken.

Mitglied Faulseit findet, dass die Vorlage eine deutliche Verbesserung darstellt. Dies ist nur zu erreichen, wenn die Maßnahme gefördert wird. Er kann sich in groben Zügen der Ausführung von Mitglied Jessner anschließen. Die von der Verwaltung vorgelegte Lösung entspricht den Vorstellung der CDU-Fraktion und sollte entsprechend ausgeführt werden. Er schließt sich dem Antrag von Herrn Jessner an.

Mitglied Maiß führt aus, dass er sich dem Antrag auch anschließen würde, wenn einige Detailänderungen vorgenommen werden. Er vermisst in der Planung die Parkplätze der Camper, die bis jetzt am Überlaufbecken parken können. Da dort der Busparkplatz vorgesehen ist, würden die Parkplatzmöglichkeiten für die Camper wegfallen. Des Weiteren ist er Meinung, dass der Anleger für die Personenschiffahrt an der vorhandenen Stelle attraktiver ist. Daher sollte er nicht weiter als bis zum Krantor verlegt werden. Es müsste noch untersucht werden, ob der Busparkplatz groß genug ist, und ob nicht ein Teil des Parkplatzes am Kleinen Wall für Busse freigehalten werden müsste.

Mitglied Maiß möchte von der Verwaltung Zahlen über das Verkehrsaufkommen auf der Rheinpromenade hören.

Herr Kemkes erläutert anhand von Folien. Die Planungsvariante 4.1 diene als Beschlussgrundlage. Damals sind umfangreiche Verkehrszählungen durchgeführt worden. Danach sind innerhalb von 24 Stunden zwischen 8.000 und in den Spitzenzeiten zwischen 9.500 und 10.400 Fahrzeuge gezählt worden. Aktuelle Zahlen: Bereich Lilienstraße ca. 2.500, Bereich Wollenweberstraße 2.800. Das bedeutet, dass es gegenüber den damals anvisierten Prognosezahlen genügend Spielraum gibt. Er geht davon aus, dass die Verkehre innenstadtverträglich sind, die durch diese Umverteilung entstehen. Herr Kemkes geht auf die Parkplätze im Stadtgebiet ein und führt aus, dass das Parkplatzangebot ausreichend ist.

Er ist der Auffassung, dass das bestehende Verkehrssystem mit dem Parkhinweissystem durchaus stadtverträglich abgewickelt wird. Inwieweit durch die Beschlussfassung in einzelnen Bereichen möglicherweise verkehrliche Veränderung vorgenommen werden müssen, kann zum späteren Zeitpunkt diskutiert werden.

Erster Beigeordneter Dr. Wachs führt aus, dass die Aussagen von Herrn Kemkes deutlich machen, dass die verkehrlichen Lösungen, die bei einer Entscheidung für die Ergebnisvariante noch zu diskutieren sind, vor dem Hintergrund der vorliegenden Zahlen und des vorliegenden Verkehrskonzeptes möglich wären. Die Diskussion der verkehrlichen Lösung hat selbstverständlich parallel statt zu finden.

Die Fraktion der SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen stellen den Antrag, nach Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt die Verkehrsführung auf der Rheinpromenade entsprechend der Darstellung im Anlageplan "Ergebnisvariante". Dieser Beschluss bildet die Grundlage für die weitere Entwurfsarbeit zur Umgestaltung der Rheinpromenade.

13 Stimmen dafür, 1 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 3

Mitteilungen und Anfragen

Anfragen

1. Hinweisschild Krankenhaus

hier: Hinweis von Mitglied Struckhof

Mitglied Struckhof weist darauf hin, dass das Hinweisschild umgefahren wurde. Er bittet darum, das Schild wieder aufstellen zu lassen.

2. Unfall an der Verkehrsinsel Beeker Straße

hier: Anfrage von Mitglied Wernicke

Mitglied Wernicke berichtet, dass sich an der Verkehrsinsel ein Unfall ereignet hat, hervorgerufen durch zu schnelles Fahren und fragt an, ob die Verwaltung nicht endlich beim Straßenbaulastträger effektivere Maßnahmen zur Entschärfung erreichen kann.

Herr Kemkes berichtet, dass im Rahmen des Bebauungsgebietes an der Beeker Straße die Erschließung von der Beeker Straße angeregt wurde und dass möglicherweise mit Anbindung eines Kreisverkehrs, wird diese Frage untersucht werden.

3. Anmeldung der Maßnahme "Ortsumgehung Elten"

hier: Mitteilung von Mitglied Jessner

Mitglied Jessner teilt mit, dass das Land Nordrhein-Westfalen für den Bundesverkehrswegeplan die Ortsumgehung Elten beim Bund angemeldet hat.

TOP 4

Einwohnerfragestunde

Herr Christ fragt an, ob es zutrifft, dass in dem demnächst gesperrten Bereich zwischen Wassertor und Krantor der Ausbau des Fahrweges so vorgenommen wird, dass Anlieferungs- und Rettungsverkehr möglich sein wird.
Dies wird bejaht.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung um 18.55 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführerin